

## **Plenarsitzung**

7. März 2019, 16:00 Uhr

**Vorsitz: Vizepräsident André Mücke**

### **Tagesordnung**

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. Februar 2019**
- 3. Beschluss über die finanzielle Ausrichtung der Handelskammer Hamburg**
- 4. Europapolitische Positionen der IHK Organisation**
- 5. Wirtschaftspolitische Positionen des DIHK**
- 6. Beschluss über die Ergebnisse der Projektgruppe Klimaplan Hamburg: Eckpunktetpapier zur Überarbeitung des Hamburger Klimaplanes**
- 7. Aktualisierung des Compliance-Kodex der Handelskammer**
- 8. Berichte**
  - a. Berichte des Präsidiums**
  - b. Bericht der Hauptgeschäftsführerin – Geschäftsbericht 2018**
  - c. Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
  - d. Berichte aus den Ausschüssen**
- 9. Antrag von Herrn Thies zur Einstellung des Jahresberichts**
- 10. Verschiedenes**

**Anwesend:**

Herren Vizepräses Elmendorf, Jensen, Kröger, Mücke, Frau Vizepräses Stumpf;

Frau Albertsen, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Brauer, Duphorn, Dürre, Elmendorf, Goetz, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Jensen, Dr. Killinger, Koopmann, Korff, Kröger, Kuhlmann, Lintzen, Daniel Lorenzen, Lorenz-Meyer, Frau Meier, Herren Montzka, Mücke, Frau Nissen-Schmidt, Herren Perleberg, Pirck, Frau Prinz, Herren Räber, Selent, Sträßner, Herr Thies, Frau Wendt-Heinrich;

Dauerhafte Gäste im Plenum:

Herr Dr. Mecke, Frau Odebrecht;

Gast:

Herr Gerking;

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen, Herr Aßmann, Frau Beine, Frau Gonnermann, Herr Graf, Frau Johannigmann, Herren Koch, Kornella, Dr. Kuckartz, Dr. Lau, Schüssler, Dr. Süß, Frau Thormann;

Herren Bessmann, Döll (Protokoll), Dr. Henze, Frau Färber, Herren Klatt-Wenderoth, Preck, Frau von Wedel; Frau Wilhus

Entschuldigt fehlten:

Frau Arova, Herren Dr. Behrens, Costur, Ederhof, Enke, Falk, Fischer, Gehrckens, Frau Gül-Canbolat, Herren Hanneforth, Hellwig, Hocquél, Holler, Holstein, Jakovlev, Kaufholz, Kranz, Dominik Lorenzen, Frau Nack-Warenycia, Herren Pfeiffer, Platz, Pohle, Reinecke, Frau Vizepräses Rickwardt, Herr Schmelzer, Frau Schoras, Herren Siebold, Tasbilek, Dr. Teichert, Dr. Vogelsang, Wandrey, Wendt-Reese, Wöhlke.

Vizepräsident Mücke begrüßt die Anwesenden zur März-Sitzung des Plenums.

### **TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung**

Vizepräsident Mücke bittet um die Genehmigung der Tagesordnung.

*Das Plenum genehmigt die Tagesordnung in der vorliegenden Form.*

### **TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. Februar 2019**

*Das Plenum verabschiedet das Protokoll der letzten Plenarsitzung vom 7. Februar 2019 ohne Anmerkungen einstimmig.*

### **TOP 3 Beschluss über die finanzielle Ausrichtung der Handelskammer Hamburg**

Frau Nissen-Schmidt erläutert, dass die Beschlussvorlage auf einen Antrag von Herrn Pirck und ihr aus der letzten Plenarsitzung zurückgehe. Der Antrag sei zur weiteren Beratung in den Innenausschuss überwiesen und dort am 18. Februar unter Gast-Teilnahme von Frau Nissen-Schmidt diskutiert worden. Auf Wunsch von Herrn Ederhof seien bei Punkt 3 die Finanzeckdaten bis zum Jahr 2023 in die Beschlussvorlage mit aufgenommen worden. Bis zu diesem Zeitpunkt gebe es noch Auswirkungen durch die Zinssatzreduzierung bei den Pensionsrückstellungen. Auch in den anschließenden Jahren würden die niedrigen Zinsen zu hohen Rückstellungen für die Altersvorsorge führen, nur sei der Effekt der sinkenden Zinssätze bis dahin abgebildet. Dies sei ein entscheidender Grund, warum man im Jahr 2023 35 Millionen Beitragseinnahmen benötige. Zweiter Grund für die neuen Finanzeckdaten seien erhebliche Investitionen in die Digitalisierung der Prozesse in der Handelskammer, die über Beiträge finanziert würden und notwendige Voraussetzung für die Effizienzsteigerung seien, im Jahr 2023 mit 35 Millionen Beitragseinnahmen auskommen zu können. Frau Nissen-Schmidt bittet um Zustimmung zu diesem Antrag, der im Innenausschuss einstimmig befürwortet worden sei.

Herr Vizepräsident Jensen führt aus, dass zunächst die bestehenden Beschlüsse zur Roadmap und zum Sparziel 60:40:20 aufgehoben werden müssen. Die Sachaufwendungen seien im Zeitraum 2014 bis 2019 schon beachtlich gesunken und weitere Einsparungen seien durch vorgegebene Leistungen wie zum Beispiel die Prüfungsabnahmen kaum möglich. Auch die Entwicklung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sei auf dem richtigen Wege. Der neue Korridor hin zu 35 Millionen Beitragseinnahmen sei ein realistischer Weg, der durch mehr Effizienz durch Digitalisierung erreicht werden kann. Zudem seien Rücklagen in ausreichender Höhe für Instandhaltungsmaßnahmen vorhanden und die Zinsausgleichsrücklage ausfinanziert.

Herr Pirck dankt, dass der Innenausschuss seinen Antrag weitestgehend übernommen und mit einem einstimmigen Votum dem Plenum vorgelegt habe.

Herr Lintzen stellt eine Nachfrage zu den Pensionsbelastungen. Frau Nissen-Schmidt erläutert, dass der rückwärtsgerichtete Effekt höherer Rückstellungen bei sinkenden Zinsen ausfi-

nanziert sei. Davon unabhängig müssten für das jeweilige Jahr weitere Zinsaufwendungen getätigt werden.

*Mit 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung beschließt das Plenum die finanzielle Ausrichtung der Handelskammer Hamburg entsprechend dem formalen Beschlusstext der vorab versandten Anlage 2.*

#### **TOP 4 Europapolitische Positionen der IHK Organisation**

Herr Dr. Süß erläutert, dass der DIHK anlässlich der anstehenden Europawahlen die Europapolitischen Positionen aktualisiert habe. Die Positionen stellten einen Beschlusstext dar, mit dem die IHK-Organisation Forderungen an die europäische Politik stellen könne. Die Handelskammer Hamburg habe sich 2018 intensiv mit den Positionen befasst. Im Frühjahr 2018 thematisierten mehrere Ausschüsse den ersten Entwurf der Positionen und anschließend habe man die Anmerkungen in einer Arbeitsgruppe aus Haupt- und Ehrenamt unter Leitung von Herrn Vizepräsident Elmendorf diskutiert, konsolidiert und als Stellungnahme an den DIHK geschickt. Der DIHK habe unsere Anmerkungen sowie die Anmerkungen der weiteren 80 Kammern eingearbeitet und weitestgehend Widersprüche aufgelöst. Die erhaltene neue Version habe das Hauptamt in Absprache mit Herrn Vizepräsident Elmendorf geprüft und festgestellt, dass diese kompatibel mit dem Input der Handelskammer seien. Entsprechend habe man Herrn Vizepräsident Mücke empfohlen, in der DIHK-Vorstandssitzung im November 2018 den Positionen zuzustimmen, was auch geschehen sei. Als letzter Schritt möge das Plenum die Positionen offiziell annehmen.

Herr Dürre fragt nach einer übergeordneten Klammer, die das Gesamtinteresse abbilde. Herr Elmendorf erläutert, dass es sich um ausgleichende Forderungen der einzelnen Branchen handle, die untereinander harmonisierten.

Herr Koopmann fragt, warum das Plenum erst nach der Verabschiedung im DIHK-Vorstand befasst werde. Herr Dr. Süß stimmt Herrn Koopmann zu, dass der reinen Lehre folgend eine vorherige Befassung wünschenswert gewesen wäre. Aufgrund des umfangreichen Prozesses unter Einbeziehung von 80 Kammern und deren Ausschüsse sowie der DIHK-Ausschüsse sei eine Vorabbeurteilung im Plenum zeitlich nicht möglich gewesen. Alternativ habe man in Abstimmung mit dem Präsidium die Voten der Ausschüsse und die Diskussion in der übergreifenden Arbeitsgruppe als starkes Indiz genommen, dass das Ehrenamt diese Positionen mittrage und entsprechend Herrn Vizepräsident Mücke ein Votum für die DIHK-Sitzung empfohlen.

*Mit 32 Ja-Stimmen nimmt das Plenum die Europapolitischen Positionen entsprechend dem formalen Beschlusstext der vorab versandten Anlage 3.*

#### **TOP 5 Wirtschaftspolitische Positionen des DIHK**

Einleitend stellt Herr Dr. Süß das Verfahren zu den Wirtschaftspolitischen Positionen dar. Ein Paket aus 50 Forderungen, die sich an die Bundespolitik wenden würden. Nach einem neuen Modus würden die Forderungen nun kapitelweise anlassbezogen aktualisiert statt wie früher alle zwei Jahre alle Forderungen anzupassen. Hierdurch wolle man schneller auf Ent-

wicklungen reagieren. Diesmal seien die Themen Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung, Digitalisierung, Bürokratieabbau und besseres Recht sowie das Thema Steuern. Nach einer breiten Beteiligung der Gremien unter Einbeziehung der zuständigen Ausschüsse man die Positionen abgestimmt. Im Vorfeld habe man bereits Hamburger Positionen in die Entwürfe eingebracht. Die Fachausschüsse signalisierten Zustimmung zu den Positionen, so dass Herr Vizepräsident Mücke am 27. November den Positionen bei der DIHK-Vorstandssitzung zugestimmt habe. Nun möge das Plenum analog zu den Europapolitischen Positionen diese Positionen final annehmen.

*Mit 30 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltung nimmt das Plenum die Wirtschaftspolitischen Positionen entsprechend dem formalen Beschlusstext der vorab versandten Anlage 4 zu.*

## **TOP 6 Beschluss über die Ergebnisse der Projektgruppe Klimaplan Hamburg: Eckpunktepapier zur Überarbeitung des Hamburger Klimaplan**

Herr Vizepräsident Mücke führt in das Thema ein. Die Projektgruppe unter Leitung von Frau Beckmann habe sich intensiv mit dem Entwurf Eckpunktepapiers auseinandergesetzt. Die Behörde für Umwelt und Energie überarbeite derzeit den Hamburger Klimaplan. Die Projektgruppe solle diesen Prozess begleiten und die Beteiligung der Hamburger Wirtschaft koordinieren. Zur Mitarbeit seien über HK Connect das gesamte Ehrenamt sowie über hk24 die Mitglieder der Handelskammer aufgerufen worden. Am 14. Dezember habe das Präsidium die Einrichtung der Projektgruppe zur Kenntnis genommen und im Januar habe das Plenum mehrheitlich für die Einrichtung der Projektgruppe gestimmt. Frau Beckmann habe in gleicher Sitzung einen eindrucksvollen Überblick zur Thematik gegeben. Der Entwurf des Eckpunktepapiers sei den Plenariern fristgerecht zugegangen. Im Vorfeld sei das Papier mit den Vorsitzenden der thematisch relevanten Ausschüsse abgestimmt worden.

Frau Beckmann erläutert, dass in das Papier neben den 15 Mitgliedern der Projektgruppe die Vorsitzenden mehrerer Ausschüsse eingebunden worden seien. Von den Vorsitzenden der Ausschüsse für Hafen und Schifffahrt, Verkehr sowie Energie haben man Anmerkungen erhalten, der Ausschuss für Stadtentwicklung sei durch Herrn Korff in der Projektgruppe integriert gewesen, der Ausschuss für gesellschaftliche Verantwortung habe wohlwollende Zustimmung signalisiert. Vom Ausschuss für Industrie habe es keine Rückmeldung gegeben. Frau Beckmann entschuldigt sich für die kurze Rückmeldefrist. Diese sei der bereits am 28. März stattfindenden letzten abschließenden Stakeholderveranstaltung geschuldet, bei der die Position der Handelskammer vertreten werden solle. Frau Beckmann dankt Herrn Knahl für die sehr gute Koordination und allen Beteiligten, die sich kurzfristig beteiligt hätten. Leider sei das vertrauliche Papier im Entwurfsstadium bereits an die Presse gelangt. Dies sei respektlos gegenüber allen, die einen demokratischen und transparenten Meinungsbildungsprozess anstrebten. Sie hoffe, dass dies nicht wieder vorkomme.

Frau Beckmann geht auf die Inhalte des Entwurfspapiers ein. Die Klimaschutzmaßnahmen hätten einen betriebs- und volkswirtschaftlichen Nutzen für alle gesellschaftlichen Akteure, insbesondere für die Wirtschaft. Reaktive Maßnahmen auf die Auswirkungen des Klimawandels wären deutlich teurer als präventive Maßnahmen. Hamburg könne eine Vorreiterrolle einnehmen und hätte kurz- und langfristige wirtschaftliche Vorteile, wenn die Ökosystemdienstleistungen erhalten werden würden. Wichtig seien eine verbindliche Planung bis zum Jahr 2030 und eine regelmäßige Kontrolle. Für die Entwicklungspfade solle die Behörde

sehr konkrete Handlungsempfehlungen und Beispielmaßnahmen vorgeben. Eine unabhängige Kommission solle Meilensteine mit klaren Zeitpunkten definieren und die Transformationspfade auf ihre Machbarkeit und ihre zeitliche Umsetzungsfähigkeit hin prüfen. Dies solle im Rahmen eines jährlichen öffentlichen Berichts geschehen.

Im Bereich Energieversorgung solle ein umfassender Um- und Ausbau der Energiesysteme angestrebt werden, der die Erzeugung von Erneuerbaren Energien, umfassende Effizienzmaßnahmen, und eine umfassende Sektorenkopplung mit nachhaltigen Technologien enthalte. Man wünsche sich mehr Solarthermie-Großanlagen, die Fernwärme einspeisen. Die Kosten für die Solarthermieanlagen sollen analog zu Photovoltaikanlagen als Betriebskosten abgerechnet werden können, was derzeit nicht der Fall sei. Der Hafen könne als großer Energieverbraucher wesentlich zur Energiewende beitragen. Hier gebe es bereits das von der Umweltbehörde gemeinsam mit der HPA angeschobene Projekt „smartPort energy“.

Im Bereich Bildung und Forschung sehe man einjährige berufsorientierende Praktika für Schulabgänger als geeignetes Instrument, um auf Umweltberufe im Handwerk und im Handel hinzuweisen. Hier wünsche man sich eine gemeinsame Bewerbung mit der Umweltbehörde. Zudem solle Umweltbildung auf Mitarbeiterebene gefördert werden.

Herr Mücke bittet generell die Referierenden, die Zeitvorgabe zu beachten, die die Zeit zur Diskussion miteinschließe.

Als eine Idee der Projektgruppe für nachhaltige Veranstaltungen schlägt Frau Beckmann die Durchführung der Harley Days mit Elektro Harleys vor. Abschließend verweist sie auf weitere Unterstützer für Maßnahmen gegen den Klimawandel wie die Schülerdemonstrationen um die Klimaaktivistin Greta Thunberg.

Herr Dr. Mecke lobt das Engagement von Frau Beckmann. Inhaltlich kritisiert er die Aussage, dass Öko-Strom günstiger als konventionell erzeugter sei. Diese Rechnung lasse die Subventionen für Öko-Strom außen vor, die die Produzenten erhielten und den Verkaufspreis senkten. Kosten für die Versorgungssicherheit für die volatile Erzeugung von Ökostrom seien ebenfalls nicht berücksichtigt. Beim Kapitel „Besteuerung“ müsse ergänzt werden, dass Teilnehmer des europäischen Emissionshandels ausgenommen werden müssten, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden. Die Forderung nach Nebenregularien inklusive Sanktionen sei Sache des Gesetzgebers und sollte nicht von der Handelskammer gefordert werden. Die verpflichtende Installation von Photovoltaikanlagen auf Hamburger Ebene gehe zu weit. Die Besitzer sollten die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, ob sich eine Installation rechne. Umgekehrt solle Industrie- und Prozesswärme deutlich stärker als bisher genutzt werden, was zu einer deutlichen CO<sub>2</sub>-Einsparung und niedrigeren Energiekosten führen würde. Herr Dr. Mecke bittet um Entschuldigung, dass seine Anmerkungen nicht früher zurückgemeldet werden konnten und bittet darum, diese vor einer Entscheidung über das Papier noch mit aufzunehmen.

Herr Pirck lobt ebenfalls das Engagement von Frau Beckmann für Klimaschutz, was auch er für ein wichtiges Ziel halte. Ihn störe der planwirtschaftliche Zwang wie verpflichtende Holzbauquoten, verpflichtender Ausbau der Photovoltaik und die verpflichtende Nutzung von Landnutzungsmethoden durch Importeure. Er sehe bei einer Umsetzung Standortnachteile für Hamburg und stelle die Frage, ob mit diesen Forderungen Partikularinteressen bedient würden. Auch das Anwohnerparken innerhalb des Rings 2 sehe er kritisch, da Standorte wie

beispielsweise Dulsberg auch für Kunden mit dem Auto weiterhin erreichbar bleiben müssten.

Herr Asmus dankt Frau Beckmann merkt die kurze, herausfordernde Rückmeldefrist von wenigen Stunden an. Das Anwohnerparken bringe mit sich, dass Gewerbetreibende ohne Parkmöglichkeit auf ihrem Betriebsgelände, das nicht Wohnstätte ist, ihr Fahrzeug nicht abstellen könnten. Eine Beantragung einer Sondergenehmigung sei nicht per se erfolgversprechend. Bezüglich Solaranlagen weist Herr Asmus in Richtung Herrn Dr. Mecke darauf hin, dass heutige Anlagen meistens zur Eigenversorgung installiert würden und ein Austausch mit dem öffentlichen Stromnetz die Ausnahme darstelle. Herrn Asmus fehle die Forderung, dass die Bagatellgrenze bei Photovoltaikanlagen, bis zu der man von der Eigenverbrauchsumlage befreit sei, von derzeit 10 Kilowatt Peak (kwp) der EU folgend auf 30 kwp erhöht werde. Dies würde Anlagen im Segment bis 30 kwp aufgrund nicht zu zahlender Umlage attraktiver werden lassen.

Herr Vizepräsident Elmendorf dankt Frau Beckmann. Ihm gefalle der provozierende Charakter des Papiers und ihn freue die überraschend positive Darstellung des Entwurfs in der „Welt“. Da die Forderungen in den Stakeholderworkshop am 28. März eingehen sollen, sei eine Befassung im Aprilplenum zu spät. Um die Anmerkungen noch in das Papier aufnehmen zu können, schlage er alternativ vor, dass Anmerkungen an Herrn Vizepräsident Elmendorf und Frau Beckmann geschickt werden sollen. Anschließend werde das Präsidium zusammen mit Frau Beckmann die Anmerkungen diskutieren, das Papier entsprechend anpassen und mit den Anmerkenden kurzfristig Rücksprache halten. Hierfür müsse das Plenum dem Präsidium ein entsprechendes Mandat erteilen. Bezüglich der Forderung zum Anwohnerparken verweist Herr Elmendorf auf die sinkende Quote von Autobesitzern in Hamburg und wünsche sich einen Umdenkprozess beim Thema Auto. Es gebe bereits Städte mit deutlich niedrigeren Autoquoten.

Frau Nissen-Schmidt weist darauf hin, dass an einigen Stellen staatliche Förderungen gefordert würden. Sie sehe dies aus ordnungspolitischer Sicht kritisch und befürchte, dass das Papier als Lobbypapier der Firmen, die von Förderprogrammen profitieren würden, gesehen werde. Weiter bemängelt sie die rein hamburgische Perspektive bei der Energieversorgung, Es fehle die norddeutsche Perspektive. So solle das Projekt NEW 4.0 dafür sorgen, dass Hamburg und Schleswig-Holstein bis 2035 vollständig mit regenerativen Energien versorgt werden solle. Im Bereich Mobilität sehe sie Verbesserungspotentiale auch im öffentlichen Personennahverkehr. Auch die Themen Gewerbeverkehr sowie die Antriebsformen Wasserstoff und Brennstoffzelle vermisse sie.

Herr Korff dankt Frau Beckmann. Auch ihn habe das hohe Tempo der Rückmeldung herausgefordert. Eine Abstimmung mit Ausschussmitgliedern habe nicht erfolgen können. Auch eine gewünschte Förderung von Energieeffizienz in Gebäuden habe er nicht mehr einbringen können. Er stellt die Frage, wie zeitgemäß der Bezug auf das 2013 gestartete Programm smartPort energy als Beitrag des Hafens für den Klimaschutz sei.

Herr Dr. Killinger dankt Frau Beckmann für den Einsatz für das Papier, welches er inhaltlich unterstütze aber schwer verständlich sei. Man müsse das Papier zum Anlass nehmen, einen Narrativwechsel zu schaffen, das Umwelt- und Klimaschutz nicht als Behinderung, sondern als Chance für den Wirtschaftsstandort gesehen werde.

Herr Pirck entgegnet Herrn Elmendorf, dass man bezüglich der Positionierung zum Thema Anwohnerparken sprachfähig gegenüber den Mitgliedsunternehmen in den betroffenen Gebieten wie Dulsberg oder Wandsbek sein müsse. Um Standortnachteile für Hamburg zu vermeiden, sollte in einen Dialog mit dem norddeutschen Kammerverein getreten werden.

Herr Dürre weist auf eine Arbeitsgruppe im Energieausschuss zum Thema Tiefengeothermie und Erdwärme hin und bittet um Aufnahme der Ergebnisse der Arbeitsgruppe in das Papier. Gerade die norddeutsche Region böte ein gutes Potential zur Nutzung dieser Energieformen.

Herr Vizepräsident Mücke fasst für das weitere Verfahren zusammen, dass eine Abstimmung im nächsten Plenum aufgrund der Einreichung der Forderungen bis 28. März nicht möglich sei. Frau Beckmann stünden die Varianten Abstimmung über das vorliegende Papier oder das von Herrn Vizepräsident Elmendorf vorgeschlagene Verfahren zur Auswahl, bei dem die Anmerkungen aufgenommen und zwischen Präsidium, Frau Beckmann und den Anmerkenden abgestimmt würden.

Frau Beckmann führt aus, dass die Handelskammer erst zu einem späten Zeitpunkt des laufenden Konsultationsverfahrens eingebunden worden sei. Die Eckpunkte zum Klimaplan seien die letzte Möglichkeit, auf den Klimaplan Einfluss zu nehmen. Es bleibe nur ein kleines Zeitfenster, um den Klimawandel zu stoppen, daher möchte sie das Papier in der vorliegenden Form zur Abstimmung stellen.

Frau Wendt-Heinrich zweifelt die Beschlussfähigkeit des Plenums an.

Herr Vizepräsident Mücke stellt fest, dass das Plenum mit 32 anwesenden von 66 Plenariern nicht beschlussfähig ist. Das Plenum könne keine weiteren Beschlüsse treffen, die bislang getroffenen Beschlüsse behielten ihre Gültigkeit. Die weiteren Tagesordnungspunkte ohne Abstimmung würden der Reihe nach behandelt.

Frau Wendt-Heinrich, Herr Dr. Mecke und Herr Asmus bedauern, dass das Angebot von Herrn Vizepräsident Elmendorf von Frau Beckmann nicht aufgenommen wurde, die weiteren Anmerkungen aufzunehmen.

Herr Dr. Killinger empfiehlt, das Papier weiter zu bearbeiten und gegebenenfalls als Entwurfsfassung einzubringen.

Herr Vizepräsident Mücke greift diesen Vorschlag auf und schlägt analog zum Vorgehen des DIHK bei den politischen Positionen vor, dass das Präsidium bis zum 28. März die Anmerkungen der Ausschüsse aufnimmt und dieses Papier nachträglich im Plenum am 4. April beschließt.

Herr Vizepräsident Elmendorf weist darauf hin, dass die Positionen am 28. März im Workshop der Stadt eingebracht werden müssten, ein späteres Einbringen sei nicht möglich. Daher schlägt er vor, dass er als Präsidiumsvertreter das bis zum 28. März abgestimmte Papier im Workshop vertritt und im Nachgang das Papier im Plenum am 4. April beschlossen werde. Alle Anmerkungen mögen bis Dienstag, 12. März eingehen und vom Hauptamt eingearbeitet werden. Er werde dann gegenüber der Stadt eine Meinung des Präsidiums vertreten mit dem Hinweis, dass das Plenum im April das Papier formal beschließt.



## TOP 7 Aktualisierung des Compliance-Kodex der Handelskammer

Herr Vizepräsident Mücke vertagt diesen Tagesordnungspunkt aufgrund der fehlenden Beschlussfähigkeit auf die nächste Sitzung.

## TOP 8 Berichte

### a) Berichte des Präsidiums

Herr Vizepräsident Mücke berichtet vom Staatsbesuch des lettischen Staatspräsidenten Raimonds Vejonis. Neben der Eröffnung der Ausstellung „100 Jahre Lettland“ in der Handelskammer habe auch die Wirtschaftskonferenz „Magnetic Latvia“ mit rund 200 Wirtschaftsvertretern stattgefunden. Bei der Konferenz sei ein Rahmenvertrag zwischen den Cluster-Initiativen hamburg@work und dem lettischen IT-Cluster unterzeichnet worden. Persönlich beeindruckt habe ihn die ausgesprochen aufgeschlossene Haltung der lettischen Bevölkerung gegenüber der Digitalisierung.

Frau Vizepräsident Stumpf erläutert den Stand und das weitere Vorgehen zur Task Force, die vor zwei Wochen vom Präsidium beschlossen worden sei. Sie dankt den 16 Teilnehmern des ersten Treffens am 6. März. Die Task Force solle bis zum April-Plenum die Zusammensetzung der Bereiche noch einmal prüfen und für das Plenum eine Beschlussvorlage erarbeiten. Es habe in der Sitzung Einigkeit darüber bestanden, dass man die Grundsatzdebatten beenden und in die Umsetzung starten möchte, um den Mitarbeitern Klarheit zu geben. Sieben Arbeitsgruppen zu den jeweiligen Bereichen nähmen die Arbeit auf, um am 22. März in großer Runde die Ergebnisse zu präsentieren. Zusätzlich gäbe es je eine Arbeitsgruppe zum Personalmanagement und zur Umsetzung.

Herr Vizepräsident Jensen ergänzt, dass in den Arbeitsgruppen neben Mitgliedern der Task Force auch bis zu vier Mitarbeiter der unteren Hierarchieebenen eingebunden werden sollten, die die Verantwortung übernehmen, die Meinung aller Mitarbeiter aus dem jeweiligen Bereich einfließen zu lassen. Zusätzlich sollen zwei Plenarmitglieder in den Arbeitsgruppen mitarbeiten. Aufgabe der Arbeitsgruppen sei, die Frage zu klären, wer welche Aufgaben wo erledigen solle mit dem Ziel, möglichst wenige Schnittstellen zu bilden. Dabei könnten auch noch Teams zwischen den Bereichen verschoben werden. Man wolle vernünftige Teamgrößen bilden, die Gesamtinteressenvertretung richtig darstellen und entscheiden, welche Aufgaben noch benötigt würden, wie dies umgesetzt werden solle und welche Herausforderungen noch gelöst werden müssten.

Auf Nachfragen von Herrn Perleberg und Frau Wendt-Heinrich erläutert Frau Stumpf, dass aufgrund der Kurzfristigkeit und der Ferienzeit nur wenige der eingeladenen Ehrenämter am ersten Termin hätten teilnehmen können. Von Ehrenamtsseite hätten Frau Beckmann, Herren Heimsoth, Jensen, Dr. Killinger, Korff, Lorenz-Meyer sowie Frau Stumpf mitgewirkt. Teilgenommen hätten vom Hauptamt Frau Degen, Frau Ezeiner, Frau Försterling, Herren Grams, Dr. Kuckartz, Dr. Lau, Frau Lurtz-Herting, Frau Kaiser, Herren Kornella, Mansutti, Schübler, Dr. Süß, Tießen, Frau von Wedel und Frau Wilhus. Weitere Interessierte könnten sich für die stattfindenden Arbeitsgruppen melden.

Herr Pirck betont, dass die Stellungnahme des Personalrats und die Ergebnisse der letzten Mitarbeiterumfrage berücksichtigt werden sollten. Frau Stumpf weist darauf hin, dass der Personalrat nach der ersten Sitzung entschieden habe, sich nicht weiter an der Task Force und deren AGs teilzunehmen. Zu den Beweggründen erläutert Frau von Wedel, dass man sich weiterhin in einem Einigungsprozess laut Hamburger Personalvertretungsgesetz mit Frau Degen befinde und hoffnungsvoll sei, diesen erfolgreich abzuschließen. Daher könne man keinen parallelen Prozess in der Task Force starten.

Die Herren Dr. Killinger, Thies, Lintzen bezweifeln, dass die Parallelität des Einigungsprozesses des Personalrates und des Prozesses der Task Force zielführend sei. Die Herren Lintzen und Korff sehen eine Beteiligung des Personalrats an der Task Force als wichtig an. Herr Pirck sieht die Gefahr, dass ohne Teilnahme des Personalrates deren Stellungnahme und die Umfrageergebnisse nicht berücksichtigt würden.

Den Wunsch von Herrn Pirck nach einer neutralen Kommission weist Herr Vizepräsident Jensen mit Verweis auf den ambitionierten Zeithorizont zurück. Die Mitarbeiterschaft werde durch die teilnehmenden Mitarbeiter vertreten und die Stellungnahme des Personalrats werde man berücksichtigen.

Frau Degen beantwortet die Frage von Herrn Pirck zum Sachstand der Briefe des Personalrats an den Bürgermeister und den Schul- sowie Wirtschaftssenator. Man habe die Nachfragen insbesondere der rechtsaufsichtsführenden Wirtschaftsbehörde ausführlich beantwortet. Es habe tatsächlich Überlastungen gegeben, die durch Sofortmaßnahmen gelindert würden. Mittelfristig werde man diese abstellen. Die rechts-sichere Ausführung hoheitlicher Aufgaben sei zu jeder Zeit gewährleistet gewesen.

Herr Dr. Killinger berichtet seinen Eindruck aus dem Taskforce-Treffen, dass die Mitarbeiter überwiegend in die Umsetzung gehen wollten und fragt, ob der Prozess zwischen Frau Degen und dem Personalrat erst nach der Task Force stattfinden könne.

Frau Wendt-Heinrich stellt in Frage, ob vier kritische Mitarbeiter das Mitwirken des Personalrates ersetzen könnten. Die Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage hätten sie geschockt. Man möge die baldige Einigung zwischen Personalrat und Frau Degen abwarten und anschließend mit der Task Force mit der Beteiligung des Personalrats beginnen.

Frau Stumpf antwortet, dass sich die Ergebnisse aus Task Force und Einigungsprozess nicht widersprechen müssten, da sich die Task Force auf Inhalte fokussiere. Die Verhandlungen zwischen Frau Degen und dem Personalrat liefen seit Dezember. Der Personalrat könne aus juristischen Gründen nicht gestalterisch an der Task Force teilnehmen.

Herr Vizepräsident Mücke beendet den Tagesordnungspunkt mit dem Fazit, dass die Task Force in den Arbeitsgruppen Ergebnisse vorbereiten und diese am 4. April im Plenum vorstellen werde, um anschließend in die Umsetzung starten zu können. Alle Plenarier mögen sich in den Arbeitsgruppen beteiligen.

## **b) Bericht der Hauptgeschäftsführerin – Geschäftsbericht 2018**

Aus Zeitgründen wird Frau Degen gebeten, den Geschäftsbericht 2018 in der April-Sitzung vorzustellen.

### **c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums**

Herr Pirck greift das Vorgehen zu dem Eckpunktepapier zum Klimaplan auf. Er sehe es als bemerkenswert an, wie mit der Meinung des Plenums umgegangen werde und sehe eine sehr weite Auslegung der Rolle des Plenums. Er vergewissert sich, dass seine Anmerkungen aufgenommen würden und er eine Rückmeldung erhalte.

Herr Perleberg hatte im Februarplenum um Beantwortung von sechs Fragen zum Umgang mit den Mitarbeitern im Restrukturierungsprozess im heutigen Plenum gebeten, die im Protokoll auf Seite 11 aufgeführt seien. Herr Vizepräsident Mücke sagt zu, dass Herr Perleberg die Antworten noch am selbigem Tag erhalte.

### **d) Berichte aus den Ausschüssen**

Stand des Verfahrens zur Optimierung der Einfuhrumsatzsteuer

Herr Gerking führt mit Hilfe eines Marketingvideos des Rotterdamer Hafens in das Thema Einfuhrumsatzsteuer ein. Importeure, die Waren aus Nicht-EU-Ländern importieren, müssten die Umsatzsteuer in Deutschland sofort abtreten und erhalten diese erst über die Vorsteuerverrechnung zurückerstattet. Länder wie die Niederlande oder Belgien nutzten eine von der EU erlaubte Erleichterung, dass diese Umsatzsteuer auf den finalen Kunden verlegt werde. Dadurch haben Importeure, die nicht die deutschen Seehäfen nutzten, einen deutlichen Vorteil, da Kapital für die Umsatzsteuer nicht gebunden werde und der Aufwand für eine Rückerstattung der Mehrwertsteuer entfalle. Neben Wertschöpfung im Hafenumschlag, die aus Deutschland abwandere, würden auch Zolleinnahmen verloren gehen. Immerhin 25 % der erhobenen Zolleinnahmen verblieben in dem Land, das den Zoll erhebe.

Gemeinsam mit zahlreichen Verbänden sei man mit dem ausliegenden Hintergrundpapier auf die Politik zugegangen. Der Hamburger Senat unterstütze diese Initiative. Im Rahmen einer Pressekonferenz Ende November sei auf die Problematik erneut hingewiesen worden. Die kurz danach stattgefundenene Finanzministerkonferenz habe einen Standortnachteil festgestellt und das Bundesfinanzministerium aufgefordert, zunächst zügiger Vorsteuerüberhänge abzubauen und darüber hinaus sollen bis Ende September diesen Jahres Maßnahmen unterbreitet werden, welche gesetzlichen Maßnahmen nötig seien, um diesen Nachteil abzubauen. Diese Beschlüsse seien einstimmig erfolgt. Man sei derzeit optimistisch, dass Mehrheiten für entsprechend benötigte Gesetzesänderungen gewonnen werden können. Diese Mehrheiten seien aber bislang nicht selbstverständlich. Auch wenn sich das Video auf Häfen konzentriert habe, seien alle Importe betroffen und damit zum Beispiel auch Bundesländer mit Frachtflughäfen.

Berufsausbildung der Bauzeichnerinnen und Bauzeichner

Herr Dr. Mecke appelliert an dieser Stelle, dass sich die Handelskammer stärker mit Sachthemen befassen solle. So müssten auch Ausbildungsgänge modernisiert werden. Die Details bespreche er direkt mit Herrn Grams.

## **TOP 9 Antrag von Herrn Thies zur Einstellung des Jahresberichts**

Herr Vizepräsident Mücke verschiebt diesen Tagesordnungspunkt aufgrund der fehlenden Beschlussfähigkeit auf die nächste Sitzung.

## **TOP 10 Verschiedenes**

Herr Asmus lädt zu einer Veranstaltung des Verkehrsausschusses am 11. April 2019 von 16 bis 18 Uhr hin, in dem die Eckpunkte zur Stadtmobilität diskutiert würden.

Frau Wendt-Heinrich erkundigt sich zum Status der Wahlordnung. Herr Vizepräsident Elmen-dorf erläutert, dass der Entwurf eine Ausgewogenheit von großen und kleinen Unternehmen erreiche und voraussichtlich in der Maisitzung des Plenums behandelt werden könne.

Herr Vizepräsident Mücke sagt Herrn Dr. Mecke zu, dass sich das Verhältnis von Themen der internen Befassung zu Gunsten der Sachthemen sukzessive verändere. Er weist auf drei Termine hin. Am 20. März werde der Kammergeburtstag in Form eines Frühjahrsfestes mit Haupt- und Ehrenamt gefeiert. Unter den derzeit mehr als 500 Anmeldungen seien allein 300 ehrenamtliche Prüfer. Am 15. April finde die Preisverleihung zum Azubi des Jahres und am 21. Juni der Digitale Bildungsgipfel statt.

Herr Vizepräsident Mücke lädt zum Après ein schließt die Sitzung um 18.19 Uhr.

Hamburg, 22. März 2019

gez. Christi Degen  
Hauptgeschäftsführerin